

# „Schweigen statt Antworten“

Engelbert Tacke war sieben Jahre alt, als er sechs Wochen zur Kinderkur geschickt wurde. Warum, weshalb, von wem? Vor zwei Jahren begann er zu recherchieren und stieß auf die dunkle Vorgeschichte des Vertragsheims der Barmer Ersatzkasse

Interview **Sabine Seifert**

**taz:** Herr Tacke, Sie sind 1965 zu einer Kinderkur nach Brilon im Sauerland verschickt worden, wie Millionen andere Kinder in der Nachkriegszeit, die leidvolle Erfahrungen machen mussten. Welche Erinnerungen haben Sie an den Kur-aufenthalt?

**Engelbert Tacke:** Nicht viele, aber keine guten. Für die sechs Wochen der Kinderkur beschränken sich meine Erinnerungen auf wenige Minuten, für die ich ein klares Bild vor Augen habe. An die Leiterin habe ich eine präzise Erinnerung, weil sie mich verhaute. Als mich das Thema vor zweieinhalb Jahren einholte, fiel mir auf, dass ich das Gefühl hatte, sechs Wochen mit niemandem gesprochen zu haben. Dieses Gefühl war gruselig, deshalb habe ich mich dann intensiver damit beschäftigt.

**Aus der Spurensuche ist eine umfangreiche Recherche geworden, die auf der Webseite der Initiative der Verschickungskinder veröffentlicht worden ist. Wie kam es dazu?**

Im Jahr 2021 bin ich in ein Forum von ehemaligen Verschickungskindern geraten, in dem sich ein Dutzend Leute über Brilon austauschten. Es gab Mutmaßungen über das Heim, und da habe ich angeknüpft. Übrigens nicht ich allein, die Recherche habe ich mit einer anderen Betroffenen, die anonym bleiben will, zusammen gemacht.

**Welche Mutmaßungen gab es zu Brilon?**

Wir hatten Erzählungen von Betroffenen in diversen Foren ausgewertet. Es gab zwar eine Menge übler Erfahrungen, aber viel mehr war nicht rauszukriegen. Uns hat dann interessiert, wer das Heim betrieben hat, was die Verantwortlichen vorher gemacht haben und wie die da hingekommen sind. Das Gründerpärchen waren Nazis, beide NSDAP-Mitglieder. Der Namensgeber, Dr. Paul Selter, war eine obskure Figur, der in seiner Biografie bei drei Universitäten drei verschiedene Schullaufbahnen angegeben hatte, im Entnazifizierungsverfahren nachweislich gelogen hat und dann über viele Merkwürdigkeiten mit seiner Frau in Brilon landete. Dass er seinen Dokortitel zu Recht führte, müssen wir bezweifeln. Betrieben hat das Heim die Barmer Ersatzkasse.

**Hat sie sich nicht an der Nazivergangenheit des Betreiberpaares gestört?**

Einen konkreten Nachweis, wie diese Verbindung zustande gekommen ist, gibt es nicht. Aus heutiger Perspektive würde ich sagen, die Barmer hätte nie einen Vertrag mit diesem Heim abschließen dürfen.

**Wie sehr war die Barmer in das Business der Kinderverschickung involviert?**

Sie hatte 3 eigene und mindestens 15 Vertragsheime, nur für Kinderkuren. Brilon war ein Vertragsheim, privat geführt. Die Kinderkuren galten als Errungenschaft, und die Barmer war stolz auf ihre drei eigenen Heime. In Mitgliederheften wurden sie mit Fotos beworben.

**Die Barmer hat 2021 eine Untersuchung zur Geschichte ihrer Verschickungsheime in Auftrag gegeben. Was kam dabei heraus?**

Es gibt den Bericht, aber sie hat sich nie öffentlich dazu ge-

äußert. Mir persönlich hat man im Zuge meiner Recherche mitgeteilt, dass die Barmer die Kinderverschickung bedaure und im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu mehr Transparenz beitragen wolle. „Im Rahmen ihrer Möglichkeiten“ interpretiere ich so, dass es auf die politische Ebene abgeschoben wird und dass man die eigene Unternehmensgeschichte raushält.

**Wer hat die Untersuchung durchgeführt?**

Die Historikerin Susanne Herold. Eine Auswertung von Quellen, die die Barmer zur Verfügung gestellt hat. Es ist genau benannt, auf welche Quellen man sich geeinigt hat. Es war also keine unabhängige Untersuchung. Wir haben in Gesprächen vergeblich versucht zu erreichen, dass weitere Quellen offengelegt werden.

**Wie ist die Aktenlage zu**

**Brilon und anderen Verschickungsheimen?**

Ich nehme an, dass das, was ausgewertet worden ist, gut ausgewertet wurde. Die Untersuchung geht jedoch kaum auf die inneren Strukturen ein, wie die Heime geführt und ob sie überprüft wurden. Ich halte den Bericht nicht für sehr zielführend.

**Wo sollte man ansetzen?**

Ich habe insistiert, dass auch die Protokollakten der operativen Geschäftsführung der Barmer von vor 1990 offengelegt werden. Das ist nicht passiert. Ich halte es nicht für glaubwürdig, dass eine große Organisation Dokumente dieser Qualität vernichtet.

**Haben Sie Akten zu Ihrem Aufenthalt in Brilon gefunden?**

Ich gehe davon aus, dass keine Akten mehr zu meiner Verschickung in einem Archiv lagern. Krankenakten werden norma-

lerweise nach zehn Jahren vernichtet. Mir ging es nicht um meine individuelle Geschichte. Ich wollte wissen, in welchem Kontext dieses Heim in Verbindung mit der Barmer stand und wie die damals aufgestellt war.

**Hat die Barmer ihre Vergangenheit im Nationalsozialismus je untersucht lassen?**

Nein. Die letzte umfassende Äußerung zur eigenen Geschichte stammt von 1984 zum hundertjährigen Jubiläum. Da

ZEITEN WIE DIESE  
BRAUCHEN  
SEITEN  
WIE DIESE

10 WOCHEN  
NUR 10 EURO  
Taz.de/abo

taz zeitung für morgen



**Was fanden Sie heraus?**

In der Studie der Barmer wurden Beiträge aus den Mitgliederzeitschriften der 50er Jahre ausgewertet. Zitiert wurde unter anderem ein Dr. Ernst Wentzler, von dem bekannt ist, dass er als Euthanasie-Gutachter Kinder vom Schreibtisch aus in den Tod geschickt hat. Von ihm stammten mehrere Aufsätze, unter anderem zur „seelischen Abhärtung im Kleinkindalter“. Dieser Mann wurde einfach so zitiert, ohne zur Kenntnis zu nehmen, dass er ein übler Kinderarzt und Nazi war. Das hat mich erst darauf gebracht, tiefer in die Geschichte der Barmer zu gucken.

**Die Beiträge fanden sich in den Akten, die die Barmer zur Verfügung gestellt hat?**

Nein, die Mitgliederhefte sind in Bibliotheken öffentlich zugänglich. Akten über die Zeit vor 1945 lagen bei der Dokumentations- und Forschungsstelle der Sozialversicherungsträger. Ich habe vor allem die Mitgliederzeitschriften und Zeitschriften für die Verwaltungsstellen in den Städten genauer analysiert. Viel deutet darauf hin, dass die Barmer den Nazis geradezu in den Schoß gefallen ist. Bereits 1933 war man stolz darauf, dass alle Verwaltungsratsmitglieder der NSDAP angehörten. Und entsprechend groß ist in den frühen 30er Jahren die propagandistische Unterstützung für das Sterilisationsgesetz gewesen, also das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses, wie es offiziell hieß.

**War die Barmer mit dem NS-Regime enger verbandelt als andere Krankenkassen?**

Es gibt starke Indizien dafür. Die Verbindung zur NSDAP und zum rassenpolitischen Amt der NSDAP ist deutlich erkennbar.

geht die Umdeutung der Geschichte weiter, wie sie in den 50er Jahren begonnen wurde. Die Barmer wird dargestellt als Opfer von Anfeindungen, die darauf zielen, die Ersatzkassen abzuschaffen. Und in dem Kontext wird die eigene Geschichte in der NS-Zeit eher in eine Widerstandsgeschichte umgeschrieben.

**Sie haben privat recherchiert. Die Barmer Ersatzkasse hat den Faden bisher nicht aufgenommen. Wie geht es weiter?**

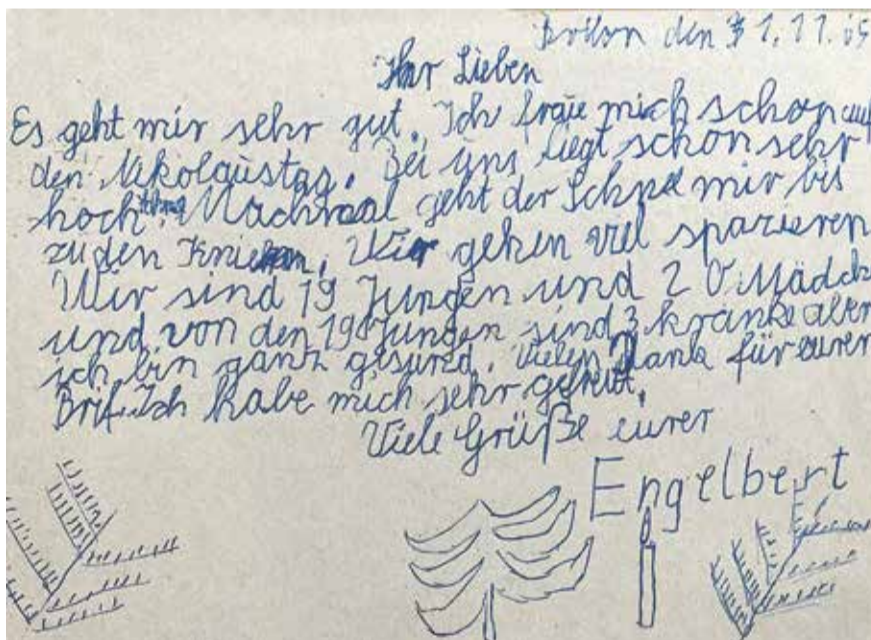
Es gibt Wissenschaftler, die sich mit diesem Themenkomplex weit besser auskennen als ich. Ich persönlich sehe im Moment nicht viele Möglichkeiten weiterzumachen. Die Aktenlage ist begrenzt, und es bedarf eines politischen Paradigmenwechsels bei der Barmer und mehr öffentlichen Interesses.

**Die DAK, die Deutsche Angestelltenkasse, hat zur Kinderverschickung ebenfalls eine Studie machen lassen.**

Diese Studie geht deutlich weiter, bezieht auch die NS-Zeit mit ein. Der Vorstandsvorsitzende hat sich öffentlich für das Verhalten der DAK bei den ehemaligen Verschickungskindern entschuldigt. Bei der Barmer sind wir explizit angeschwiegen worden. Schweigen statt Antworten, das empört mich bis heute.



**Engelbert Tacke**  
Jahrgang 1958, studierte Soziologie, arbeitete als Fernsehjournalist und ist heute in Rente.



Links das Vertragsheim in Brilon, rechts eine Postkarte, die Engelbert Tacke von dort abschickte Foto: privat



**Volkan Açar**  
Postprolet

## Masterplan Antifaschismus

Seit der Enthüllung dessen, was schon seit Jahren unverhüllt durch Deutschland marschiert, nämlich dass die Rechtsextremen von der AfD das Ziel einer arischen Volksgemeinschaft verfolgen, läuft ein Ideenwettbewerb über den Umgang mit ihnen. Weil Deutschland aus historischen Gründen große Expertise auf diesem Feld besitzt, gibt es bereits unzählige Vorschläge. Da wirkt es

eher langweilig, sich mit Verweis auf das Grundgesetz für das Verbot einer Partei einzusetzen, die dieses Grundgesetz genauso loswerden will wie viele Menschen, die in Deutschland leben. Und weil hierzulande der Ruf nach der Härte des Rechtsstaats nur als Mittel gegen migrantische Freibadchubser zum Einsatz kommt, möchte ich, solange ich kann, im Folgenden einen anderen Vorschlag machen.

Ich denke da an ein Treffen, das nicht geheim in einem Brandenburger Hotel stattfindet, sondern ganz öffentlich auf einem Platz eines migrantischen Großstadtviertels. Dort kommen Menschen aus proletarischen, bürgerlichen, aktivistischen Milieus zusammen, parlamentarische und zivilgesellschaftliche Akteure, auch Unternehmer:innen, Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte, um unter *ethischen, juristischen und logistischen Gesichtspunkten* einen Masterplan Antifaschismus

auszuarbeiten. Am besten finden viele solcher Treffen in verschiedenen Städten parallel statt. Sie werden live übertragen, damit sich auch Menschen beteiligen können, die nicht anwesend sind und es keiner investigativen Re-

**Wer faschistische Ideen unterstützt, soll öffentlich geächtet werden und sich dafür schämen müssen**

cherchen bedarf, damit sich die Ideen möglichst weit verbreiten.

Dabei soll es um zwei Zielgruppen gehen: Einerseits um Menschen, die als Politiker:innen, Unternehmer:innen, Pseudointellektuelle, Hipster- und Stra-

Bennazis versuchen, die Geschichte zu wiederholen. Andererseits um deutsche Staatsbürger:innen, die diese faschistischen Akteure unterstützen und beabsichtigen, aus welchen Motiven auch immer, ihnen ihre Stimme bei Wahlen zu geben, also die sogenannte *faschistische Wahl* zu tätigen.

Auf diese Menschen muss ab sofort und im Sinne der unantastbaren Würde aller Menschen ein *hoher Anpassungsdruck* ausgeübt werden. *Maßgeschneiderte Gesetze* gegen Nazis wären eine Möglichkeit dafür. Viel effektiver erscheint es jedoch, diese Menschen in allen gesellschaftlichen Bereichen *unter Druck* zu setzen, sie im Alltag in der Schule, im Verein, am Arbeitsplatz, auf der Straße und in der Kneipe als Nazi oder Naziunterstützer:innen zu outen und auszugrenzen. Damit es *möglichst unattraktiv für dieses Klientel* ist, in Deutschland zu leben. Wer faschistische Ideen unterstützt, soll geächtet

werden und sich dafür schämen müssen. Denn niemand wird als Nazi geboren. Und es gibt kein Recht auf Nazi-propaganda.

Der Masterplan Antifaschismus braucht neben der gesellschaftlichen aber auch politische Schlagkraft. Dafür muss die *metapolitische, vorpolitische Macht* weiter aufgebaut werden, um *das Meinungsklima* zu ändern. Es muss also mehr privates und öffentliches Geld als bisher in Demokratieprojekte fließen, für Aufklärung in Schulen und Universitäten oder für *Influencer-Projekte*. Dabei sollen nur Projekte gefördert werden, die sich klar antifaschistisch positionieren.

Wichtig zu bedenken ist schließlich, dass sich die Ergebnisse möglicherweise nicht sofort zeigen, dass es auch Widerstände geben wird, nicht nur von Nazis. Aber das ist kein Problem. Denn es handelt sich beim Masterplan Antifaschismus um *ein Jahrzehntprojekt*.